

Pöfener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-
annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Witthelmstr. 17)
bei C. F. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streifand,
in Eseritz bei Ph. Matthias.

Annoncen-
annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Haube & Co.,
Haasenklein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Nr. 398.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Donnerstag, 10. Juni.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaaltene Petitzeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 9. Juni. Der Rechtsanwalt Lüste in Dirschau ist zum
Richter für den Oberlandesgerichtsbezirk Marienwerder, mit Anweisung
seines Wohnsitzes in Dirschau, ernannt worden. Der Amtsrichter
Lüste in Osterode D.-Pr. ist vom 16. Juli d. J. ab, unter Zulassung
des Rechtsanwaltschaft bei dem königlichen Amtsgericht in Osterode
zum Notar im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Königsberg,
unter Anweisung seines Wohnsitzes in Osterode, ernannt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 10. Juni.

Die „Provinz-Korr.“ schreibt zur Verlobung des
Prinzen Wilhelm:

In allen Kreisen des preussischen Volkes und weiterhin in ganz
Deutschland hat sich die lebhafteste Theilnahme bei dem ersten und
wichtigen Schritt fund gegeben, den der Enkel des Kaisers, dereinstiger
Thronerbe von Preußen und der deutschen Kaiserwürde, mit
unter Zustimmung seiner erhabenen Großeltern und Eltern voll-
kommenen Verlobnis gethan. Aus freier Herzensneigung hat Prinz
Wilhelm einer deutschen Fürstentochter die Hand zum innigsten und
heilvollsten Lebensbunde gereicht. Seltene Eigenschaften des Geistes und
eines edlen Charakters haben die hohe Braut. So wird der Prinz im stillen Glück
seiner Familienleben zu den hohen Pflichten sich bereiten, die ihn einst
erwarten.

Ueber die Chancen der kirchenpolitischen Vor-
ge nach der ersten Lesung wolle der Leser die unten folgende
Korr.-Korrespondenz vergleichen.

Die Aeußerungen des Fürsten Bismarck,
schreibt die „N. L. C.“, welche durch das Medium der „Köln.“
an die Deffentlichkeit gelangt sind, liefern ohne Zweifel
eine interessante Ergänzung zu der vielbesprochenen Reichstagsrede
vom 8. Mai, nur daß sie wo möglich noch weniger durchsichtig
als diese. Wir verzichten darauf, die Konjekturen über den
wirklichen Zweck der Publikation um eine weitere zu vermehren.

Die Wortlaute nach zu schließen, hat der Reichskanzler zunächst
Abzicht gehabt, die Welt über sein anscheinend sehr passives
Verhalten gegenüber den Landtagsverhandlungen über die Kir-
chengesetzworlage aufzuklären. Die Gründe, welche ihn von der
Abzichte fernhalten, kennen wir nun; für Diejenigen aber, welche
nicht verstehen können, wie gerade diese Vorlage unter einem
Ministerium Bismarck überhaupt möglich war, fehlt auch jetzt
noch der zuverlässige Schlüssel zur Lösung des Räthfels. Nicht
weniger unklar bleibt andererseits der Zusammenhang zwischen den
Aeußerungen des Fürsten über die parlamentarischen Parteien und der
gegenwärtigen, durch die Kirchengesetzworlage hervorgerufenen Situa-
tion. Man hätte erwarten sollen, daß ein im gegenwärtigen
Augenblicke, d. h. vor der Entscheidung des Abgeordnetenhauses,
öffentlichlicher, wenn auch indirekter, darum aber nicht weniger
gemeintlicher Appell des Kanzlers an die öffentliche Meinung
den Zweck haben müßte, gerade in dieser Richtung eine Direktive
zu geben. Aber nichts von alledem! Während aus der Rede
vom 8. Mai, ganz im Einklange mit den kürzlich veröffentlichten
diplomatischen Aktenstücken, noch die deutliche Aufforderung zur
Etablierung einer konservativ-liberalen Majorität gegen das Zentrum
hervorragt, wird jetzt jeder derartige praktische Wink unter-
drückt. Vielmehr hat der Gewährsmann der „Köln. Ztg.“ den
Eindruck empfangen, als habe der Kanzler darauf verzichtet, mit
den „heutigen parlamentarischen Deutschland“ noch Politik zu
machen. Das wäre denn freilich im Vergleich zu der Erklärung
vom 8. Mai ein sehr bemerkenswerther Fortschritt. Was hat
im Verlaufe dieses Monats das Urtheil des Fürsten Bismarck
über den deutschen Parlamentarismus bis zu solch' äußerstem
Grade verschärfen können? Ein einziges neues Argu-
ment findet sich in seiner Darlegung: er klagt die
parlamentarischen Fraktionen der Popularitätshascherei an.

Man stimme nicht mehr nach rein sachlichen Beweggründen, nicht
mehr auf Grund einer unbefangenen Würdigung der Bedürfnisse
des Landes, sondern aus Rücksicht auf das, was gerade im
Augenblicke als populär gelte. Die Parteiführer begäben sich
über Selbstständigkeit, unterwürfen ihre bessere Einsicht den For-
derungen der verständnißlosen Massen. Man muß gestehen, die
Vergewaltigung wäre vernichtend, wenn sie — begründet wäre.

Ueber dieser Begründung suchen wir vergebens. Dagegen
erinnern wir uns, wie oft in kritischen Momenten von der Re-
gierungspresse die „Stimme des Volkes“ gegen Reichstag und
Kanzler ins Feld geführt wurde. Die nationalliberale Fraktion
hat diese Behandlung bis in die jüngste Zeit herein
kosten gelassen. Sie hat sich freilich dadurch nicht
irren lassen. In einer Zeit, da von den Konservativen
in Reichstage und mehr fast noch vom Regierungstische dem
goldene Berge in Aussicht gestellt wurden, hat sie sich, be-
achtet von den bekannnten Verunglimpfungen der Offizianten, der
unabwendbaren Aufgabe unterzogen, die Hochfluth der Erwartungen
in den höchst bescheidenen Rahmen des wirklich Durchführbaren
zurückzubringen. Auf sie wahrlich wird also der Vorwurf der
Popularitätshascherei keine Anwendung finden. Gegen welche an-
dere Partei seine Spitze sich hauptsächlich richten könnte, mag hier

dahingestellt bleiben. Jedenfalls aber wird man aus diesem Vor-
wurfe nicht genügende Aufklärung darüber gewinnen, was grade
im Verlaufe dieses einen Monats den Kanzler zu einem so be-
denklichen Weiterstreiten in der Richtung des Pessimismus
veranlassen konnte. — Wie immer es sich indeß mit den Mo-
tiven dieses Schrittes verhalten mag — die Thatsache be-
steht, daß Fürst Bismarck daran verzweifelt, mit dem heutigen
parlamentarischen Deutschland Politik machen zu können. Dem
gegenüber sei daran erinnert, daß reichlich ein Jahrzehnt lang
ein „parlamentarisches Deutschland“ bestand, mit welchem der-
selbe Fürst Bismarck die bedeutendsten politischen Erfolge er-
zielte. Es war jenes parlamentarische Deutschland, in welchem
die nationalliberale Partei den hervorragendsten Platz einnahm.
Später fiel das verhängnißvolle Wort, man müsse die National-
liberalen „an die Wand drücken“. Es war der Ausgangspunkt
für das „heutige parlamentarische Deutschland“, in welchem
reaktionärgesinnte Konservative und partikularistische Ultramon-
tane den Ton angeben. Der Erfolg für die Reichspolitik liegt
jetzt auf der Hand.

Ein Berichterstatter schreibt unterm 9.: Auf die am Sonn-
tag erfolgte Einladung der Großmächte zu einer am 16. d. M.
in Berlin zu eröffnenden Botschafter-Konferenz sind
bereits gestern einzelne zuzagende Antworten erfolgt. Wie ver-
lautet, ist die erste offizielle Anmeldung wegen Annahme der
Einladung von Frankreich durch seinen hiesigen Botschafter
Grafen St. Vallier bei dem auswärtigen Amte eingegangen.
Außer den Botschaftern sind noch technische Kommissare als Bei-
sitzer der Konferenz angemeldet, als welche fast durchgehends
höhere Offiziere der technischen Waffen aussersehen sind. Die
Pforte hat keine Einladung zur Konferenz erhalten; doch wird
sie offiziell von deren Zusammentritt verständigt; auch soll sie,
wenn sie selbst den Wunsch ausspricht, gehört werden. Das
nämliche ist mit Griechenland der Fall.

Auf der Botschafter-Konferenz wird Oesterreich-
Ungarn durch den Botschafter Grafen Edmund Szechenyi ver-
treten sein, dem ein politischer und ein technischer Beirath zur
Seite stehen wird. Als solche wurden designirt der General-
Konsul R. v. Zwiedinek und Generalstabs-Oberst R. v. Ripp.
General-Konsul Zwiedinek war in der letzten Zeit zur Dienst-
leistung dem Ministerium des Aeußern zugetheilt, er hat aber
eine langjährige diplomatische Thätigkeit hinter sich, in deren Ver-
laufe er mehrere Jahre hindurch auf den wichtigen Posten in
Bukarest, Sofia und Janina thätig war. Generalstabs-Oberst
Ripp nahm bereits an mehreren Grenzregulirungs-Kommissionen
auf der Balkanhalbinsel Theil.

Der „National“, ein der französischen Regie-
rung nahestehendes Organ, veröffentlicht einen Brief aus Rom,
in welchem ausführlich berichtet wird, daß die Publikation der
Märzdekrete im Vatikan eine große Unschlüssigkeit hervor-
rief, und daß Leo XIII. zeitweilig nicht übel Luft zeigte, der
französischen Regierung einige Zugeständnisse zu machen, daß
aber die französischen Ultramontanen ihn auf andere Gedanken
brachten.

„Am diese Zeit“, behauptet der Korrespondent des „National“, „ka-
men viele Bischöfe und einflußreiche Katholiken in Rom an. Der Kar-
dinal Nie bekämpfte mit der größten Energie die Absichten der Repu-
blik; alle Besucher stimmten übrigens darin überein, daß das jesu-
itische System nothwendig zu den ärgsten Gewaltthatigkeiten führen müsse.
Alle erklärten: Frankreich fällt dem Radikalismus anheim, die Religion
ist direkt bedroht, die Kirchen werden geschlossen, das Konkordat wird
abgeschafft werden; mit Einem Worte, die Verfolgung nimmt ihren
Anfang. Eine Unterredung des Papstes mit Waddington, der sich da-
mals noch in Rom aufhielt, verstärkte den Eindruck dieser Reden. Der
ehemalige Konseilspräsident ließ im Allgemeinen in den römischen Sa-
lons ziemlich trübe Ansichten über die Zukunft der Republik laut wer-
den. Der persönliche Verdruß, den er erfahren, stimmte ihn zum Pessi-
mismus. Der Papst gewann also die Ueberzeugung, daß Zugeständ-
nisse zu nichts führen würden, daß er es nicht mit gemäßigten Geg-
nern, sondern mit unversöhnlichen Feinden zu thun habe. Leo XIII.
kennet von ganz Europa nur Belgien ganz genau. Von den wahren
Gefinnungen Frankreichs hat er sich keine Vorstellung gebildet. Er
stellt sich dieses Land gewissermaßen als die Zitadelle des freitbaren
Katholizismus, als die Urche des Heiles vor, und es ist nicht daran zu
zweifeln, daß die erhaltene Worte der Pilger, die Berichte des französi-
schen Klerus, die zu ihm gelangen, ihn in seinem Irrthum bestärken.
Er hofft, daß die Gewaltthatigkeit der Republikaner dieselben ins Ver-
derben stürzen und daß die Religion schließlich aus der unvermeidlichen
Krise Vortheil ziehen werde. Man hat ihm gesagt, die französische Re-
gierung wolle die Märzdekrete rückwärtslos anwenden; aber diese
Drohung erschreckt ihn nicht mehr, im Gegentheil.“

Bei den bekannnten Maßnahmen, welche Frankreich gegen die
Jesuiten und geistlichen Kongregationen getroffen hat, fürchtet man
in der Schweiz, daß trotz des Art. 51 der Bundesverfassung,
laut welchem der Orden der Jesuiten und die ihm affiliirten Ge-
sellschaften in keinem Theile der Schweiz Aufnahme finden dür-
fen, eine Einwanderung derselben in die Schweiz stattfinden
werde. Das große Hotel Baur zu Siders im Kanton Wallis
ist durch einjährige Einmüthung, nachherigen Kauf vorbehalten,
an eine Gesellschaft Dominikaner-Mönche aus Frankreich jüngst-
hin übergegangen. Die Kommission des schweizerischen National-
rathes, welche den Geschäftsbericht des Bundesrathes über das
abgelaufene Jahr 1879 geprüft hat, macht auf jene Einwande-

rung in ihrem Berichte aufmerksam und spricht die bestimmte
Erwartung aus, daß der Bundesrath ein wachsame Auge auf
dieselbe haben und die allfällig nöthigen Maßnahmen treffen werde.

Der russische Völkerrechtslehrer Professor J. Martens
hat in diesen Tagen den fünften Band der im Auftrage
des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten erschei-
nenden „Sammlung der von Rußland mit auswärtigen
Mächten abgeschlossenen Traktate und Konventionen“ erscheinen
lassen. In der Vorrede spricht er sich über die Geschichte des
Verhältnisses zwischen Preußen und Rußland aus. Die „St. Pe-
tersburger Zeitung“ berichtet darüber Folgendes:

Zwischen dem König Friedrich Wilhelm I. und Peter dem Großen
herrschte das beste persönliche Verhältniß. Als der König den Tod sei-
nes „besten Freundes“ hörte, brach er in Thränen aus. Aber die An-
schauung des Königs, die sich in den Worten ausdrückt: „Ich liebe
starke Freunde, aber keine mächtigen Nachbarn“, führte doch zu vorüber-
gehenden Erfaltungen. Als die russische Politik unter der Leitung Bestu-
shev-Njamins sich der Ueberzeugung hingab, „daß der preussische König
der nächste und stärkste Nachbar Rußlands und darum naturgemäß
der gefährlichste sei“, führte diese Ueberzeugung schließlich zur Theil-
nahme Rußlands am siebenjährigen Kriege, der große Opfer kostete und
gar keinen Nutzen brachte. Unter dem Einfluß von Bourrheilen ver-
gessen zeitweilig beide Reiche, daß es keinen vernünftigen Grund zu ge-
genseitiger Feindschaft gebe, daß keine lockenden Ziele einer Eroberungs-
politik auf Kosten des Anderen vorhanden seien. Zur Zeit Katharina II.
kehrten beide Länder auf den festen Boden des Bündnisses, der Achtung
und Freundschaft zurück, obwohl beide ihre Machtspähre immer mehr
vergrößerten, immer mehr zu „nächsten Nachbarn“ wurden und sich im-
mer häufiger bei der Lösung internationaler Schwierigkeiten trafen.
Katharina II. und Friedrich II. waren beide durchdrungen von der
Nothwendigkeit des Friedens für ihre Völker und diese Erkenntnis be-
seitigte alle auftauchenden Schwierigkeiten. Für Katharina war der nächste
Nachbar nicht mehr der gefährlichste, weil er ein zufriedener Nachbar war.
Die große Kaiserin that Alles, was sich mit der Ehre und den Interes-
sen Rußlands vertrug, um ihren Nachbar zufrieden zu stellen. König
Friedrich II. verfolgte das gleiche Streben, und Friede, Eintracht und
ein enges Bündnis waren die Folge. Zur Zeit der Kaiserin Elisabeth
Petrowna fürchtete man den stärksten Nachbar und vergaß, daß ein un-
zufriedener weit gefährlicher sei. Das sind in Kürze die Gedanken, auf
welche die an sich sehr interessanten und werthvollen Aktenstücke aus
dem vorigen Jahrhundert Herrn Martens geführt haben. Die Parallele
mit der Gegenwart, die Lehre, die beide Mächte aus der Geschichte ihrer
gegenseitigen Beziehungen ziehen und praktisch verwerthen sollten, be-
rührt der Autor mit keinem Wort. Und es ist das auch nicht nöthig.
Liegt es doch greifbar auf der Hand, daß auch heute die Gefahr nicht
in der Stärke des Nachbarn liegt, sondern in seiner Unzufriedenheit.
Und wie viel ist noch vor gar kurzer Zeit gegen diese Erkenntnis ge-
sündigt worden.

Aus Chicago wird eine auf den ersten Blick über-
raschende Thatsache gemeldet. Die republikanische Konvention
hat nicht Grant oder Blaine sondern eine bis dahin ungenannte
Persönlichkeit, James Garfield, zum Präsidentschaftskandidaten
für die Vereinigten Staaten nominirt. Es haben 35
Abstimmungen stattfinden müssen, ehe sowohl die Anhänger
Grants als diejenigen Blaines zu der Ueberzeugung gelangten,
daß ihre Kandidaten die Stimmen von Sherman, Edmund und
Washburne nicht auf sich vereinigen würden. Und da Keiner
wollte leiden, daß der Andere statt seiner gewinne, gewann keiner
von den Beiden.“ Zuerst kapitulirten eine Anzahl Anhänger
Blaines, die mit denen von Sherman, Edmund und Washburne
den neuen Kandidaten, James Garfield, bisher Mitglied der
Repräsentantenkammer von Ohio und kürzlich zum Senator für
Ohio gewählt, aufstellten. Die 36. Abstimmung ergab für Gar-
field 399, für Grant 306, für Blaine 42, für Sherman 3,
für Washburne gleichfalls 3 Stimmen. Sofort, nachdem dieses
Ergebnis verkündet worden war, stellte der Führer der Anhän-
ger Grants, Senator Conkling, der einsah, daß die Sache
Grants verloren war, den Antrag, die Ernennung Garfields
zum Präsidentschaftskandidaten zu einer einstimmigen
zu machen. Der Antrag wurde angenommen und Garfield unter
enthusiastischen Rundgebungen der Konventionsmitglieder ein-
stimmig zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten ernannt.
Die Konvention vertagte sich hierauf bis 5 Uhr Nachmittags.
Es ist nicht das erste Mal, daß die Verhandlungen einer Kon-
vention ein solch' unerwartetes Resultat ergaben. Garfield ist
ein „neuer Mann“, wie Lincoln 1860 und Hayes 1876.
Amerika ist mit jenen „neuen Politikern“ nicht gerade am
Schlechtesten gefahren. Lincoln sollte auch ein „dark horse“,
eine politische Null, sein, doch hat er während seiner Amtsfüh-
rung das Gegentheil bewiesen. Die Hauptsache wird sein, daß
Garfields Charakter unantastbar dasteht. Weil dies bei Blaine
nicht der Fall war, hatte er sich die Gegnerschaft der Deutschen
unter Führung von Karl Schurz zugezogen, und allein den
Deutschen verdankt er seine Niederlage in Chicago, ebenso wie
Grant, für den die Deutschen deshalb nicht stimmten, weil sie
Gegner der „dritten Kandidatur“ sind und f. Z. genugsam er-
fahren haben, daß Grant, mehr wie irgend ein anderer, seine
Kreaturen mit gewinnbringenden Posten versorgt hat. Als im
August vorigen Jahres Grant von China aus melden ließ, er
werde nicht als Präsidentschaftskandidat auftreten — später hat
er sich bekanntlich eines Anderen besonnen —, schrieb der
„New-York Herald“: „Das öffnet den Weg für einen republi-
kanischen Sieg im nächsten Jahr. Als eine Grantpartei könnten

die Republikaner keinen Erfolg haben, als die republikanische Partei mit einem guten Kandidaten stehen ihre Aussichten gut.“ — Der große Wahltag im November wird zeigen, ob der „N. D. S.“ im vorigen Jahre richtig vorhergesagt hat.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 9. Juni. [Zur kirchenpolitischen Vorlage. Berlin und die Verwaltungsreform. Fürst Bismarck.] Die heutigen vertraulichen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Fraktionen behufs einer Verständigung für die zweite Kommissionsberatung über die kirchenpolitische Vorlage scheinen das erfreuliche Ergebnis zu verbürgen, daß die Liberalen keine Mitverantwortlichkeit für das zu Stande kommende Gesetz übernehmen werden. Ihre, auch der Gemäßigtesten unter ihnen, Weigerung, in irgend einer Form dem Art. 4 (Rückkehr der Bischöfe) oder dem Art. 9 (Disposition der Oberpräsidenten über die Strafverfolgung) zuzustimmen, wies die Freikonservativen, welche für das erforderliche Kompromiß arbeiten, in erster Reihe an die Konservativen, und diese sind darauf eingegangen. So werden Modifikationen der Regierungsvorlage erfolgen, welche im Grunde nur darauf herauskommen, in das Gesetz die Zusicherung des Kultusministers aufzunehmen, daß die zu erteilenden Vollmachten nicht die Wirkung haben sollen, die Anzeigepflicht illusorisch zu machen; weder an der Thatsache, daß der Staat seinen Standpunkt aufgibt, noch an der staatsrechtlichen Ungeheuerlichkeit der Maßregel oder an der sachlichen Bedenklichkeit der meisten Bestimmungen wird etwas geändert. Vor Allem hat das Zentrum nunmehr wieder die Möglichkeit, durch Stimmenthaltung, ohne eigenes positives Zutun, das Durchgehen der ihm zugeordneten Konzeptionen bewirken zu können. Bei den in dieser Fraktion vorläufig noch bestehenden Differenzen ist es aber möglich, daß die Kerikalen bei den streitigsten Punkten auch in der zweiten Kommissionslesung einen negativen Ausweg herbeiführen, um ihre definitive Stellungnahme möglichst lange verschieben zu können. — Die Kommission des Herrenhauses für die Verwaltungsreform-Gesetze hat bekanntlich sehr rasch bekräftigt, daß ihre zuerst beschlossenen Abänderungen der Fassung des Abgeordnetenhauses an den für das Zustandekommen wichtigen Punkten nichts zu bedeuten hatte, indem sie diese Beschlüsse wieder aufhob. Es ist aber nicht richtig, daß sie sich der Fassung des Abgeordnetenhauses völlig akkomodiert hätte; sie hat die Stellung der Stadt Berlin im Verwaltungs-Organismus theils direkt noch ungünstiger gefaltet, als es bereits im Abgeordnetenhause geschehen, und sie außerdem mehrfach dem Belieben des gerade in dieser Hinsicht wenig entgegenkommenden Ministers des Innern überantwortet, indem die Regelung einzelner Streitfragen königlicher Verordnung überlassen wurde. Der Oberbürgermeister Berlins, v. Nordenfled, opponierte vergeblich in der Kommission, in welcher u. A. Graf Lippe das große Wort führte. — Die von dem „Diplomaten“ der „Köln. Ztg.“ geschilderte Stimmung des Fürsten Bismarck dürfte nach der Ansicht von Personen, welche mit seinen jeweiligen Dispositionen vertraut zu sein pflegen, keine andere Folge haben, als daß er sich, nachdem er demnächst Berlin wie gewöhnlich bis zum Februar verlassen haben wird, noch etwas ostensibler als gewöhnlich von den preussischen und inneren Reichs-Angelegenheiten fern halten wird — bis er mit einer neuen Ueberraschung zu ihnen zurückkehrt.

— Zu den in der letzten Zeit sich mehrenden Eisenbahnunfällen gesellte sich die Nachricht von einem Grubenunglück, das sich Dienstag, Vormittag 11 Uhr, auf der Zeche Neu-Sferlohn, bei Langendreer zwischen Witten und Dortmund gelegen, ereignet hat. Die Zeche „Neu-Sferlohn“ ist eine Unglückszeche; zum vierten Male im Laufe der letzten Jahre ist sie nunmehr der Schauplatz von Unglücksfällen durch schlagende Wetter geworden, und wenn diesmal das Unglück auch nicht so groß ist, wie das erste im Jahre 1868, bei dem 83 Bergleute das Leben verloren, so ist der Verlust von 22 Menschenleben, zu dem noch mehrere Verwundungen kommen, beklagenswerth genug und wohl geeignet, die Frage anzuregen, ob es nicht angezeigt sei, den Betrieb auf dieser gefährlichen Zeche, bei der sich alle Vorsichtsmaßregeln unwirksam erweisen, zu inhibiren. Nähere Details über das Unglück werden wir noch bringen. — Schon zum zweiten Male im Laufe dieses Jahres wird das westfälische Kohlenrevier von einem größeren Unfall heimgesucht; am 29. Januar war die Grube Meisen bei Minden der Schauplatz eines ähnlichen Unglücks, während einige Wochen vorher, am 1. Dezember 1879, in einer Kohlengrube bei Zwickau in Sachsen 89 Bergleute das Opfer von schlagenden Wettern wurden.

— Die „Nouvelle Revue“ beginnt in ihrem neuesten Hefte mit der Veröffentlichung einer militärisch-diplomatischen Studie unter dem Titel: La guerre russo-turque d'après des documents inédits (der russisch-türkische Krieg nach bisher nicht veröffentlichten Urkunden), deren Verfasser offenbar aus zuverlässigen und bisher unbenützten Quellen schöpft. Aus den von ihm gebrachten Mittheilungen ist hervorzuheben, daß Russland in der ersten Phase des Feldzuges über die Absichten Oesterreichs trotz der Reichstädter Entrevue und des Dreikaiser-Bündnisses keineswegs beruhigt gewesen ist. Es wird darüber erzählt:

Vor der Mobilmachung der russischen Armee bis zum Abschluß des Berliner Vertrags hat das Kabinett von Petersburg keinen Augenblick aufgehört, die Möglichkeit und Gefahr einer österreichischen Intervention ins Auge zu fassen. Wenn das Dreikaiser-Bündniß Russland also keineswegs seine Handlungsfreiheit im Orient verbürgte, so hatte die deutsche Regierung ihrerseits nicht erst gewartet, bis der Krieg erklärt war, um ihn für unvermeidlich zu halten. Lange vor den Ereignissen war dies die Ueberzeugung des Reichskanzlers. Wir wagen nicht zu behaupten, daß Fürst Bismarck Russland in der Absicht, seinen mächtigen Nachbar zu schwächen, zum Kriege gedrängt hätte; wohl aber wissen wir aus guter Quelle, daß er schon zur Zeit des ersten türkisch-serbischen Kampfes mit den wahren Absichten des Petersburger Hofes vertraut war. Eine Thatsache, die uns von mehreren gleich vertrauenswürdigem Zeugen bezeugt worden ist, mag zeigen, welche Be-

ziehungen zu jener Zeit, wenn nicht zwischen den beiden Regierungen, so doch zwischen den beiden kaiserlichen Familien bestanden. Aus dem Munde des Kaisers Wilhelm empfing der Großfürst Nikolaus die erste Kunde von dem Kommando, welches ihm für einen nahen Zeitpunkt zugeordnet war. Er wohnte den Manövern der deutschen Armee im September 1876 bei, als der Kaiser sich in Gegenwart des Prinzen Friedrich Karl und anderer Personen von seinem Gefolge mit den Worten zu ihm wandte: „Sie werden bald berufen sein, den Oberbefehl über eine große Armee zu übernehmen und Ihre militärischen Talente im Felde zu bewähren.“ Von Kindheit auf hatte sich der Großfürst nur mit Heeresangelegenheiten beschäftigt; daher war er auch mit der diplomatischen Lage durchaus nicht vertraut. Die Neuigkeit, welche er aus dem Munde des Kaisers Wilhelm erfuhr, überraschte ihn dermaßen, daß er nicht einmal mußte gegen wen, ob gegen Oesterreich oder die Türkei der Feldzug gerichtet sein würde, dessen Leitung ihm übertragen werden sollte. Wenn wir uns nicht irren, empfing er Mitte Oktober, einige Tage, nachdem er in Petersburg wieder eingetroffen war, den Befehl, sich sofort nach Livadia zu begeben. Selbst damals blieb der Feind, dem es gelten sollte, noch ein Geheimniß. Die meisten glaubten, der Krieg wäre in erster Reihe gegen Oesterreich beabsichtigt. Die serbische Armee war damals noch nicht bei Djunis vernichtet und alle Welt war überzeugt, daß Serbien und Montenegro keines Beistandes bedürften, um mit der Pforte fertig zu werden. Für den Fall eines Krieges mit Oesterreich faßte man höchstens die Nothwendigkeit einer bloßen militärischen Demonstration gegen die Türkei ins Auge. Erst am 29. Oktober eröffnete der Kaiser dem Großfürsten in Livadia, daß er bestimmt sei, eine Expedition gegen die Türkei zu befehlen. Und welches ist das Ziel des Feldzuges? fragte Nikolaus. Der Czar sprach als Erwiderung nur ein Wort, aber ein bedeutungsvolles: „Konstantinopel.“ Diese Antwort erklärte das Telegramm, welches der Großfürst in der Folge von San Stefano an den Kaiser richtete: „Ihr kaiserlicher Befehl ist ausgeführt worden: Die Armee Eurer Majestät steht vor den Mauern von Konstantinopel.“

○ Petersburg, 4. Juni. [Fürst Bismarck, der Landtag und Deutschland gegenüber der orientalischen Frage. Absichten der Nihilisten.] Fürst Bismarck und das Gesetzesprojekt über die diskretionäre Gewalt erhalten die hiesigen politischen Kreise in größter Spannung und man folgt den Kommissionsberatungen hier mit nicht geringerer Aufmerksamkeit als in Berlin. Was wird der deutsche Reichskanzler thun, wenn — wie vorauszu sehen — das Projekt nicht angenommen wird? Wird er wiederum seine Demission einreichen, oder wird er den Landtag auflösen, um durch Neuwahlen einen gefügigeren zu erhalten, da er ja der Ansicht ist, daß er mit Hilfe des von ihm projektirten Gesetzes den Papst zur Nachgiebigkeit zwingen könne? Diese Fragen stellt man hier in politischen Kreisen, ohne sie zu beantworten. Eins ist nur — wie der „Golos“ sagt — sicher, nämlich daß diese neue Episode noch mehr, als alle früheren parlamentarischen Niederlagen des Fürsten Bismarck beweise, wie sehr sich seine politische Lage in Deutschland sowohl, wie in internationalen Fragen geändert habe. Es sei kaum denkbar, daß er sich an den letzteren noch thätig betheiligen werde. Die berliner Regierung komme — nach der Ansicht des genannten Blattes — allmählig zu der Ueberzeugung, daß es ihr augenblicklich nicht möglich sei, in der Rolle eines höchsten Schiedsrichters der Loose Europa's aufzutreten, welche sie seit Unterzeichnung der berliner Kongressakte gespielt hat. Die Schwierigkeiten, auf die sie in der inneren Politik gestoßen, sind zu allgemein jenseits der Grenzen Deutschlands bekannt geworden, und es vermag heute noch Niemand vorherzusagen, wie ernst dies auf den Gang der orientalischen Angelegenheiten einwirken könne, da ja Oesterreich-Ungarn leblich in Deutschland eine Stütze finden kann. Mit jedem Tage werde es immer klarer, daß in Konstantinopel jetzt Göschen und Nowikow den Ton angeben. Wer, wenn die Ansichten der hiesigen Politiker über das Sinken des deutschen Einflusses richtig sein sollten, die Schuld hieran trägt, das zu entscheiden, muß ich Andern überlassen. — Der russische Nihilismus, der den Boden für seine Agitation unter dem eigenen Volke einstweilen verloren hat, hat sich ein anderes Feld seiner Thätigkeit ausgesucht. Dragomanow veröffentlicht in seiner in Genf herausgegebenen Schrift „Gromada Ukrainski sbornik“ (Die Gemeinde, Ukrainische Sammlung) eine Art Manifest, in welchem gesagt ist, daß angesichts der politischen Lage in Russland man sich einstweilen mit der Propaganda unter den Nachbarn und Stammgenossen in den angrenzenden Ländern, zum mindesten aber zwischen der Oder und Donau befassen müsse. Man will somit die Thätigkeit in Gebiete verlegen, welche der Machtphäre des Grafen Loris-Melikow nicht unterworfen sind, und hat hier natürlich vor allen Dingen Westpreußen, das Posen'sche, Oberschlesien und die slawischen Gebiete Oesterreichs im Auge. Auch die Agitation soll anders als bisher betrieben werden. Es soll, wie Dragomanow anordnet, eine gleichberechtigte föderative Organisation in natürlichen, d. h. geographisch, ökonomischer und national zusammengehörenden Gebieten eingeführt und hierbei zugleich die sozialistische Presse entsprechend organisiert, d. h. für jeden slawischen Stamm ein in seiner Sprache geschriebenes Blatt herausgegeben werden. Da Dragomanow auch auf nichtslawische Stämme spekulirt, sollen Schriften nicht bloß in russischer, ukrainischer (?), polnischer, czechischer Sprache und anderen slawischen Idiomen, sondern auch rumänische, esthnische, lettische, litthauische, hebräische Schriften unter dem Volke verbreitet werden. Dragomanow hat sogar der vielen kaukasischen Stämme, Stämmchen und Idiome nicht vergessen. Man sieht, Dragomanow beginnt Ethnographie in großem Stil zu treiben.

Vocales und Provinzielles.

Bosen, 10. Juni.

r. [In der bekannten Straßenschilder-Angelegenheit] war der Magistrat im Einverständnis mit der Stadtverordneten-Versammlung, welche hierin fast einstimmig dem Magistratsantrage beitrug, bei den Herren Ministern nachmahin vorstellig geworden, daß auf den Straßenschildern neben den deutschen auch die polnischen Namen der Straßen beibehalten werden dürften; doch ist dieses Gesuch auch diesmal abschläg-lich beschieden worden. Wie man hört, wird der Magistrat nunmehr, gemäß dem schon früher gefaßten Beschlusse der Stadtver-

ordneten-Versammlung, in dieser Angelegenheit sich mit einer Petition an den Landtag wenden.

+ **Personalchronik.** a) bei der kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Bromberg: Ernann: der Postpraktikant Jaedel zu Bromberg, die Postassistenten Kirsch in Bromberg, Kozlowski in Ggn und Kennbach in Zielesne zu Postsekretären. Angestellt: die Postassistenten Max Herrmann in Znowraslaw und Griese in Gnesen. Der Postsekretär David in Bromberg ist freiwillig ausgeschieden.

b) bei der königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg: Der Eisenbahn-Baumeister Zickler in Bromberg ist zum Eisenbahnbaur- und Betriebsinspektor ernannt.

c) bei der königlichen Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn: Stations-Assistent Zuhland in Snowraslaw und Telegraphist Mielke in Kreuz sind definitiv in ihren Stellungen ernannt.

d) bei der königlichen Regierung zu Posen: Amtsgerichtsekretär Kuhlke in Posen zum Regierungs-Hauptkassen-Buchhalter in Posen ernannt. Regierungs-Bureaucluar Dellmann vom 1. Juli d. J. zum kommissarischen Sekretär in Nawisich ernannt. Regierungs-Civil-Supernumerar Leichert die Hilfsarbeiterstelle beim königlichen Landrathsamte zu Kempen vom gleichen Zeitpunkte ab übertragen. Regierungs-Sekretär, Rechnungsrath Schulz ist gestorben.

e) Bei der königlichen Intendantur des 2. Armeekorps: Der bisherige Garnison-Baumeister Zuchlin v. Zuchlinski in Bromberg ist zum königl. Garnison-Bauinspektor ernannt worden.

Bromberg, 8. Juni. [Für die Lotterie der Gewerbe-Ausstellung] sind bereits eine Anzahl zum Theil sehr werthvoller Objekte angekauft worden. Unter den Hauptgewinnen sind zu nennen: eine Zimmereinrichtung im altdenklichen Stile (Eichenholz) v. Zege in Bromberg, im Werthe von 2000 M.; ein Silberkasten für 24 Personen nebst zugehöriger Zuckerdose, Schale etc., massiv und sehr geschmackvoll gearbeitet, von Menard = Bromberg, ebenfalls im Werthe von 2000 M.; ein Piano in reicher Polsterausführung, für die Ausstellung in Melbourne gearbeitet von Cde-Posen; ein Stuhlregal aus der renommirten Fabrik von Gebauer-Königsberg; ein Tafelset aus massivem Silber von Breidenbach-Bromberg; ein chinesisches Schachspiel mit reich ausgelegtem Tisch; ein Vest für 12 Personen, im Werthe von 300 M.; eine Voliere; ein Sopha nebst zwei Fauteuils; ferner eine große Anzahl kleinerer Gewinne, wie Badeeinrichtungen, Pelzgarituren, Blumentische, Gewehre, Stiderei, Tapiserien, Wädsche, Koffer, Sattel- und Zaumzeug, Benfensachen etc. (Verb. 3.)

≡ **Schneidemühl, 6. Juni.** [Durchreise des Kronprinzen. Kirchenwahlen. Witterung. Kommunal-Abgaben. Herabgekehrter Zinsfuß.] Gestern passirte mit dem um 4 Uhr Morgens von Berlin hier eintreffenden Kurierzuge Se. Kaiserl. und Königl. Hoheit der Kronprinz auf seiner Reise nach Petersburg behufs Theilnahme an der Beisetzungsfeier der Kaiserin von Russland den hiesigen Bahnhof. — Bei den heute in der hiesigen evangelischen Kirche stattgefundenen Ergänzungswahlen des Vorstandes der hiesigen evangelischen Kirchengemeinde zeigte sich wiederum eine rege Betheiligung, namentlich zahlreich waren die Gemeindeglieder aus der Gemeinde Motylewo, welche mit der Stadtgemeinde gemeinsam wählt, vertreten. Leider standen sich wieder zwei Parteien gegenüber, eine solche von sogenannten Bürgern und eine solche von Beamten und den nahe bemittelten Bürgern. Eine Vereinigung beider Parteien, welche in einer Vorversammlung angestrebt war, wurde nicht erzielt, da die Mitglieder der sogenannten Bürgerpartei in derselben nicht erschienen waren, vielmehr selbstständig eine Vorwahl abhielten und eine Kandidatenliste mit Namen von Personen aus ihrer Mitte entwarfen. Diese Kandidaten erhielten auch bei der heutigen Wahl sänmtlich die Majorität. Es ist daher kein Wunder, wenn seitens der unterlegenen Gegenpartei, gestützt auf die auch heute bei der Wahl vorgekommenen Formfehler, wiederum Protest erhoben wird. — Seit vorgestern haben wir hier mit kurzen Unterbrechungen Regenwetter welches sehr wohlthuend auf die Vegetation wirkt. Viele Landwirthe haben die Beobachtung gemacht, daß der vom Froste fast vollständig vernichtete Roggen neue Seitenhalme treibt und dadurch den Schaden bedeutend vermindert. Selbst abgemähter Roggen hat frische Halme getrieben. Die Preise für Roggen u. a. Getreide sind deshalb wieder im Fallen begriffen. — An Kommunalabgaben hat unsere Stadt pro 1880 bis 1881 ca. 48,700 M. aufzubringen. Dazu steuern die Nicht-beamten 34,953 M., die Beamten 8383 M., die juristischen Personen und Forenfen, darunter Eisenbahnstafus 7200 M., Bantagentur 864, Gasanstalts-Gesellschaft 576, im Ganzen 8859 M. — Durch Beschluß des Kreistages und mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten wird der Zinsfuß für Einlagen in die Kreisparfasse vom 1. Juli cr. ab von 5 auf 4 1/2 pSt., und sofern die Einlage die Summe von 600 M. übersteigt, auf 4 pSt. ermäßigt. Die Kreisparfasse verfügt gegenwärtig über mehrere hunderttausend Mark Spareinlagen.

Staats- und Volkswirtschaft.

** **Breslau, 9. Juni.** [Der hiesige Wollmarkt] eröffnete matt; die Umsätze waren belanglos. Die Käufer drückten auf den Preis. Bei einer Preisrezession dürfte der Verkehr vermuthlich reger werden. Die Zufuhr am Markte betrug ca. 12,000 Str.; der Verkauf auf dem Stadtlager war erheblich mit einem Preisaufschlag von 6 bis 9 Mark. Mittelwollen auch unter vorjährigen Preisen.

Nachmittags 3 Uhr: Das Entgegenkommen der Wollgeizthümer führte zu flotterem Verkauf und sind bis jetzt etwa 1/2 des Marktes geräumt. Mittelwollen erlöhren einen Preisaufschlag bis zu 9 Mark, geringere und mehr feine Wollen erlöhren einen Preisaufschlag bis zu 9 M., deren Käufer Rheinländer, Franzosen und Engländer waren.

Abends 6 Uhr: Das Geschäft blieb belebt, bis jetzt 1/4 verkauft. Die Gesamtzufuhr betrug 20,000 Str., unter denen sich viel schlecht gewachsene Wollen befanden, die einen Preisaufschlag bis 15 Mark erlöhren.

** **Stralsund, 9. Juni.** [Wollmarkt.] Zufuhr 5016 Str. Wätschen mittelmäßig, Geschäft schleppend und flau, etwa 1/4 verkauft, Preise 160—175 M., geringe Waare etwas weniger, feine etwas mehr.

** **Leipzig, 8. Juni.** [Produktenbericht von Hermann Jastrow.] Wetter: schön. Wind: W. Barometer früh 27.8". Thermometer früh + 9°.

Weizen per 1000 Kilo Netto fester, loco 235—240 M. bez. — Roggen per 1000 Kilogramm Netto höher, loco hiesiger 208 bis 212 M. bez., do. russischer 201—206 M. bez. — Gerste per 1000 Kilo Netto loco 168—200 M. bez. — Malz pr. 50 Kilo Netto loco 14,50—15,50 Mark bez. u. Br. — Hafer pr. 1000 Kilo Netto loco 165—170 M. bez., do. russ. — M. bez., do. Saatwaare — M. — Mais pr. 1000 Kilo Netto loco amerikan. 138—142 M. bez., rumän. fehlt. — Weizen pr. 1000 Kilo Netto loco 148—152 M. Br., do. galiz. — Erbsen pr. 1000 Kilo Netto loco große 208—216 M. bez., do. kleine 170—185 Mark bezahlt, do. Futter 155—165 M. bs. — Bohnen pr. 100 Kilo Netto loco 22—24 M. bez. u. Br. — Lupinen pr. 1000 Kilo Netto loco gelb — Mark Br. — Delsaat pr. 1000 Kilo Netto Kaps ohne Angebot. Leinsaat — M. — Dotter — M. — Delfuchen pr. 100 Kilo loco hies. 13,50 Mark Br. — Kübböl, rohes pr. 100 Kilo Netto ohne Faß höher, loco 57 M. bez., per Juni-Juli 58 M. Br., pr. Sept.-Oktober 60 M. Br. — Leinöl pr. 100 Kilo Netto ohne Faß 67 M. bez. — Mohnöhl per 100 Kilo Netto ohne Faß loco hiesiges 136 M. bez. u. Br., do. ausländisches 88 M. bez. u. Br. — Kleesaat pr. 50 Kilo Netto loco weiß nach Qual. — M. bez. u. Br., do. roth — M. bez. u. Br., do. schwed. — bez. u. Br. — Spiritus pr. 10,000 Str. pSt. ohne Faß etwas fester, 66 M. Gd. — Weizenmehl per 100 Kilo excl. Sack: Nr. 00: 34—

